

**Pensionskasse der
BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen
Bericht über das Geschäftsjahr 2021**

Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen

**Bericht über das Geschäftsjahr vom
1. Januar bis 31. Dezember 2021**

**Sitz der Gesellschaft
Arnoldiplatz 1
50969 Köln**

Inhaltsverzeichnis

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat.....	4
Vorstand	5

Bericht des Vorstandes

Lagebericht	6
Versicherungsbestand	14

Jahresabschluss

Jahresbilanz	16
Gewinn- und Verlustrechnung	18
Anhang	19

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	29
--	-----------

Bericht des Aufsichtsrates	33
---	-----------

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit dieses Berichts wird weitestgehend auf eine Differenzierung nach Geschlechtern verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für jegliches Geschlecht.

Aufsichtsrat

Michael Kurtenbach
Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstandes und Personalvorstand der
Gothaer Lebensversicherung AG
und Mitglied der Vorstände und Personalvorstand der
Gothaer Versicherungsbank VVaG
Gothaer Finanzholding AG
Gothaer Krankenversicherung AG
Gothaer Allgemeine Versicherung AG

Stephan Oetzel
stellv. Vorsitzender

Chief Risk Officer
Gothaer Konzern
und Mitglied des Vorstandes der
Gothaer Pensionskasse AG

Wolfgang Beumers

Versicherungsangestellter
Gothaer Konzern

Christof Kessler

Sprecher des Vorstandes der
Gothaer Asset Management AG

Bruno Pesch

Versicherungsangestellter
Gothaer Konzern

Oliver Plahr

Abteilungsleiter Gesundheit Mathematik, Aktuarielle
Statistik und Verfahren
Gothaer Konzern

Vorstand

Holm Hempel
Vorsitzender

Alina vom Bruck
stellv. Vorsitzende

Dr. Thomas Olbrich

Senior Pensionsmanager
Gothaer Konzern

Bereichsleiterin Leben Innovation
Gothaer Konzern

Senior Portfolio Manager Sovereigns / Key Accounts der
Gothaer Asset Management AG

Die Aufführung der Mitglieder von Aufsichtsrat und Vorstand stellt gleichzeitig die Anhangangabe gemäß § 285 Nr.10 HGB dar.

Lagebericht

Die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen ist ein kleinerer Verein im Sinne des § 210 VAG und eine regulierte Pensionskasse im Sinne von § 233 VAG.

Beziehungen zu anderen Unternehmen

Trägerunternehmen der Pensionskasse waren im Geschäftsjahr gemäß § 3 der zuletzt genehmigten Satzung folgende Unternehmen:

- Gothaer Versicherungsbank VVaG
- Gothaer Finanzholding AG
- Gothaer Krankenversicherung AG
- Gothaer Allgemeine Versicherung AG
- Gothaer Lebensversicherung AG

Gemäß § 3a der Satzung können Mitarbeiter verbundener Unternehmen ebenfalls in die Versorgung einbezogen werden.

Leistung, Finanzierung und Verwaltung

Zweck der Pensionskasse ist die Gewährung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten für Mitarbeiter und ehemalige Mitarbeiter der Trägerunternehmen und von Betriebsangehörigen verbundener Unternehmen, denen eine Zusage über die Pensionskasse erteilt wurde.

Die Pensionskasse wurde für Mitarbeiter, die nach dem 31. Januar 1993 bei den Trägerunternehmen eingetreten sind, geschlossen.

Die Leistungen der Pensionskasse werden gemäß § 12 der Satzung aus den Zuwendungen der Unternehmen und den Erträgen des Kassenvermögens finanziert. Die Mitglieder der Pensionskasse haben keine Beiträge zu leisten.

Die Pensionskasse verfügt über kein eigenes Personal. Sämtliche Funktionen wurden dauerhaft nach § 234e i.V.m. § 32 VAG auf das Hauptträgerunternehmen, die Gothaer Krankenversicherung AG, ausgegliedert. Vertragliche Grundlage für die Leistungsanspruchnahme bildet der zuletzt am 10. September 2019 neugefasste Ausgliederungsvertrag. Die Gothaer Krankenversicherung AG greift für die Leistungserbringung ihrerseits auf folgende Gesellschaften des Gothaer Konzerns als Subdienstleister zurück.

- Gothaer Finanzholding AG: Interne Revision, Risikomanagement, Datenschutz, Rechnungswesen, Recht, Steuern, Personal, Controlling
- Gothaer Lebensversicherung AG: Versicherungsmathematische Funktion
- Pensus Pensionsmanagement GmbH: Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung
- Gothaer Asset Management AG: Vermögensanlage, Vermögensverwaltung

- Gothaer Systems GmbH: Informationsverarbeitung und Telekommunikation
- GBG-Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH: Aktuarielle Dienstleistungen

Das Entgelt für diese Dienstleistungen übernehmen die Gothaer Krankenversicherung AG als Hauptträgerunternehmen sowie die sonstigen Trägerunternehmen jeweils anteilig nach Anzahl der vermittelten Mitgliedschaften.

Geschäftsentwicklung in 2021

Die Pensionskasse entwickelte sich im Geschäftsverlauf 2021 zufriedenstellend und erwirtschaftet einen Jahresüberschuss leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Beiträge der Trägerunternehmen betragen im Geschäftsjahr 1.100,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.242,2 Tsd. Euro). Davon entfallen 228,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 370,7 Tsd. Euro) auf Beiträge für Rentenerhöhungen. Der Rückgang ist insbesondere in einem verbesserten Risikoergebnis begründet.

In den Beiträgen ist eine Sonderzahlung aufgrund der Rechnungszinsabsenkung in Höhe von 871,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 871,5 Tsd. Euro) enthalten.

Der Rechnungszins beträgt seit seiner Absenkung im Jahr 2019 unverändert 2,75 %. Die Finanzierung der Rechnungszinsabsenkung erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum Jahr 2023. Der Deckungsrückstellung war im Jahr 2021 ein Betrag von 742,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.006,8 Tsd. Euro) zuzuführen.

Mit einer Verlustrücklage von 2.741,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.708,0 Tsd. Euro) erfüllt die Pensionskasse die Solvabilitätsanforderungen gemäß § 234g VAG in Verbindung mit § 17 Kapitalausstattungs-Verordnung (KapAusstV).

Versicherungsbestand

Ende des Geschäftsjahres bezogen 340 (Vorjahr: 334) ehemalige Mitarbeiter Invaliden- oder Altersrenten aus der Pensionskasse. Die Rentensumme betrug zum Jahresende 2.549,1 Tsd. Euro. Zusätzlich zahlte die Pensionskasse an 60 Witwen und 10 Witwer Hinterbliebenenrenten mit einer Rentensumme von 400,0 Tsd. Euro.

Ende 2021 waren 226 Personen als Anwärter in der Pensionskasse versichert. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Anwärter um 16 gesunken. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf Abgänge durch Erreichen der Altersgrenze zurückzuführen.

Von den Versicherungen waren 113 (Vorjahr: 127) beitragsfrei gestellt, da die Mitarbeiter nicht mehr bei einem Trägerunternehmen oder bei einem verbundenen Unternehmen arbeiten, aber vor dem Ausscheiden unverfallbare Ansprüche erworben hatten.

Kapitalanlagen

Das zentrale Ziel der Kapitalanlagestrategie der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen besteht unter Berücksichtigung der zu gewährleistenden Risikotragfähigkeit in der Erwirtschaftung einer im Wettbewerbsumfeld robusten und nachhaltigen Nettoverzinsung. Dies wird durch die konsequente Anwendung eines risikoadjustierten und an der Risikotragfähigkeit orientierten Performanceansatzes

sichergestellt, der das Ziel verfolgt, den Kapitalanlagebestand unter Rendite- und Risikogesichtspunkten zu optimieren. Die aktuelle Kapitalanlagestrategie und die sich daraus ergebende strategische Asset Allokation sind daher als Ergebnis eines kontinuierlichen und umfassenden Asset-Liability-Management Prozesses zu verstehen, der insbesondere auch die versicherungstechnischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ertrag, Liquidität, Sicherheit und Qualität der Kapitalanlagen berücksichtigt. Auch im Jahr 2021 setzte die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen ihre langjährige, weitgehend auf stabile laufende Erträge ausgerichtete Kapitalanlagepolitik konsequent fort. Schwerpunkt dieser Strategie ist es einerseits, auch im aktuellen, weiterhin durch niedrige Zinsen geprägten Marktumfeld, attraktive Renditen zu erwirtschaften und andererseits durch eine breite Diversifikation der unterschiedlichen Kapitalanlagearten eine größtmögliche Streuung der Risiken und damit eine Reduktion des Gesamtrisikos zu bewirken. Im Rahmen der Kapitalanlage sind auch ökologische und soziale Aspekte sowie Kriterien der Unternehmensführung – sogenannte Nachhaltigkeitskriterien – in den Anlageentscheidungen berücksichtigt. Um die Bedeutung einer verantwortlichen Kapitalanlage weiter zu stärken, ist die Gothaer im Mai 2020 zudem den UN Principles for Responsible Investment (UN PRI) beigetreten.

Die globale Wirtschaftsentwicklung im Berichtszeitraum stand im Zeichen einer schrittweisen Überwindung der Corona-Pandemie. Bei dynamisch wachsender Güternachfrage und steigendem wirtschaftlichen Auslastungsgrad traten aber im ersten Halbjahr Angebotsengpässe auf. Im Herbst wurde die Nachfrage im Freizeit- und Dienstleistungssektor durch das Auftreten neuer Virusmutationen gedämpft. Dennoch erhöhte sich die globale Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr kräftig um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr. Deutschland verzeichnete mit 2,8 % das schwächste Wachstum unter den EU-Staaten. Spiegelbildlich zum Vorjahr war die Inflationsentwicklung im Berichtszeitraum steil aufwärtsgerichtet. In Deutschland erreichte die jährliche Inflation 2021 mit 3,2 % ihren höchsten Stand seit 1993. Die Geldpolitik wechselte erst in der zweiten Jahreshälfte in den Inflationsbekämpfungsmodus. Als erste Notenbank der G7 Staaten erhöhte die britische Notenbank im Dezember ihren Leitzins, während die US Notenbank (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) zur gleichen Zeit nur die Beendigung der pandemiebedingten Wertpapier-Kaufprogramme einleiteten. Die EZB avisiert zinspolitische Änderungen frühestens für 2023.

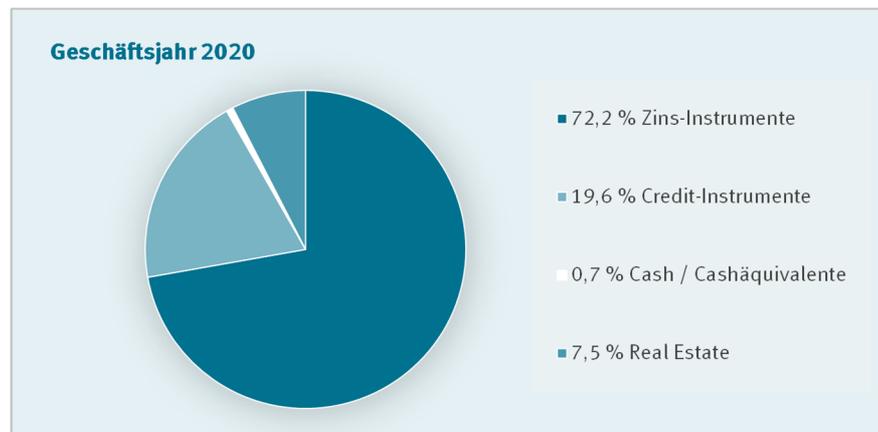
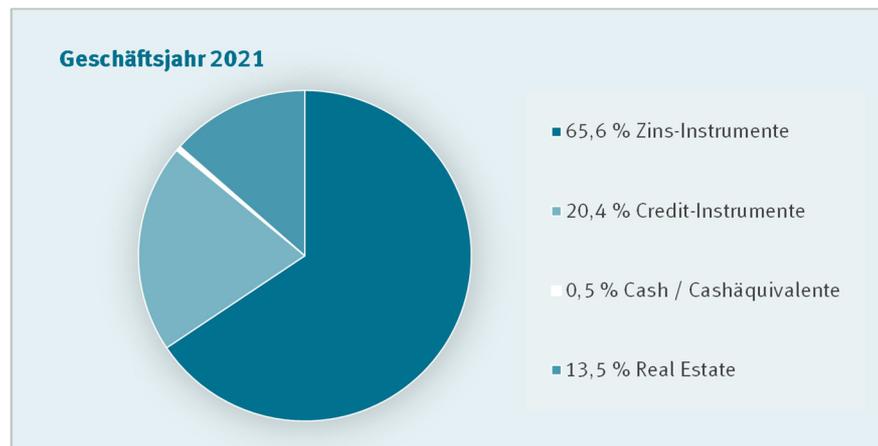
Die Kapitalmarktentwicklung wurde im Berichtszeitraum durch die unerwartet starke Inflationsbeschleunigung und die zunehmende Markterwartung eines hierdurch erzwungenen geldpolitischen Kurswechsels geprägt. Bei deutschen Staatsanleihen folgte die Renditeentwicklung im zehnjährigen Laufzeitensegment im Berichtszeitraum einer wellenförmigen, sehr flachen Aufwärtsbewegung. Ausgehend vom Jahrestief bei -0,6 % zu Jahresbeginn führten die ersten zwei Renditeschübe im Mai und Oktober jeweils bis auf etwa -0,1 %, um danach auf -0,5 % bzw. -0,4 % zurückzufallen. Die dritte Welle startete im Dezember und endete zu Jahresende bei rund -0,2 %. Im Gesamtjahr verzeichneten Bundesanleihen eine negative Wertentwicklung von -2,8 %. Bei US-Staatsanleihen verlief die Renditeentwicklung weitgehend synchron zu Bundesanleihen, wenngleich auf höherem Niveau.

Für Aktieninvestoren war 2021 ein sehr gutes Jahr. An den europäischen Märkten flachte der Kursanstieg allerdings ab dem zweiten Quartal ab, so dass die Wertentwicklung im Gesamtjahr hinter der der US Indizes zurückblieb. Während der S&P500 Total Return Index in USD eine Jahresperformance von +28,7 % verzeichnete, erzielten europäische Dividentitel (EuroStoxx50 Total Return Index) nur 23,3 % und deutsche Aktien (Dax Performance Index) 15,8 % Gesamtertrag.

Der Kapitalanlagebestand der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen ist auf Buchwertbasis im Berichtsjahr um rund 992,5 Tsd. Euro auf 63.119,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 62.127,0 Tsd. Euro) gestiegen. Die Nettobewertungsreserven auf Gesamtportfolioebene haben sich, insbesondere aufgrund von Zinsbewegungen, auf 6.534,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 11.972,1 Tsd. Euro) reduziert. Hierzu tragen im Wesentlichen die Reserven im Bereich der Zins-Instrumente von 5.761,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 10.856,5 Tsd. Euro) bei.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen

Die Zusammensetzung der Kapitalanlagen stellt sich bei der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen zum Jahresabschluss auf Marktwertbasis wie folgt dar:



Im Jahr 2021 hat sich die Asset Allokation weiter verändert. Vor dem Hintergrund der attraktiven langfristigen Investitionsmöglichkeiten wurde weiterhin verstärkt in die Assetklasse Real Estate investiert. Die Duration wurde im Jahresverlauf von 12,5 auf 11,2 deutlich reduziert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen keine Abschreibungen auf Kapitalanlagen an. Der leicht gestiegene außerordentliche Ergebnisbeitrag in Höhe von 1.440,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.382,7 Tsd. Euro) resultiert insbesondere aus der Realisierung von Kursgewinnen im Zusammenhang mit der Umschichtung des Portfolios und trug wesentlich zum Kapitalanlageergebnis von 2.632,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.655,8 Tsd. Euro) bei. Dies entspricht einer im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunkenen Nettoverzinsung in Höhe von 4,2 % (Vorjahr: 4,3 %).

Jahresüberschuss

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 33,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 45,3 Tsd. Euro) ausgewiesen, der gemäß § 11 Abs. 6 der Satzung der Verlustrücklage zugeführt wird.

Eigenkapital

Gemäß § 193 VAG i.V.m. § 11 Abs. 6 der Satzung der Pensionskasse besteht eine Verlustrücklage in Höhe von 2.741,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.708,0 Tsd. Euro).

Betriebene Versicherungsarten

Die Pensionskasse erbringt Rentenleistungen nach § 13 der Satzung der Pensionskasse.

Prognose für 2022

Vorbehalt

Die in diesem Geschäftsbericht enthaltenen Prognosen und Einschätzungen wurden auf der Grundlage unserer Erkenntnisse aus Dezember 2021 abgegeben. Die hierbei unterstellten Einflussfaktoren können sich – insbesondere durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Kriegs – anders entwickeln als im Rahmen der Prognose berücksichtigt.

Entwicklung der Gesellschaft

Da es sich bei der Pensionskasse um ein geschlossenes Versorgungswerk handelt, werden die Verpflichtungen langfristig sinken. Darüber hinaus ergeben sich aufgrund unserer Geschäftstätigkeit keine wesentlichen Chancen.

Der Rechnungszins wird auch im Jahr 2022 unverändert auf 2,75 % belassen. Die Finanzierung der Rechnungszinsabsenkung aus dem Jahr 2019 soll bis zum Jahr 2023 erfolgen.

Im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2022 strebt die Gesellschaft eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 3,1 % an.

Es besteht weiterhin die Absicht, die Pensionskasse nach den Vorschriften der §§ 2 Nr. 1, 4 ff., 109 ff., 118 f. UmwG, §§ 11-13 UmwStG als Ganzes auf die übernehmende Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG zu verschmelzen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Organisation des Risikomanagements

Die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen erbringt Rentenleistungen für die Mitarbeiter und ehemaligen Mitarbeiter der Trägerunternehmen. Wesentliche Funktionen – darunter auch das Risikomanagement – wurden auf den Gothaer Konzern ausgelagert.

Zum Management der vielfältigen Risiken kommen unterschiedliche Berichts- und Frühwarnsysteme zur Anwendung. Zusätzlich zu den vorhandenen Controllinginstrumenten existiert ein unterjähriges Berichtswesen, das laufend weiterentwickelt wird. Diese Arbeitsmittel dienen ebenso wie die vom zentralen Risikomanagement

konzernweit zur Verfügung gestellte Risikoanwendung dazu, gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegen zu wirken.

Durch das Gesetz zur Umsetzung der EbAV-II-Richtlinie vom 13. Januar 2019 haben sich die Anforderungen an das Governance-System für Pensionskassen erhöht. Diese wurden durch die Veröffentlichung der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung“ (MaGo für EbAV) am 30. Dezember 2020 konkretisiert und sind bereits umgesetzt.

Chancen und Risiken der Gesellschaft

Für die Gesellschaft sind das versicherungstechnische Risiko, das Zinsgarantierisiko, das Kapitalanlagerisiko (Marktrisiko, Kreditrisiko, Liquiditätsrisiko) und das operationale Risiko als Risiken identifiziert worden. Darüber hinaus besteht ein wesentliches Risiko für die Gesellschaft, dass die Trägerunternehmen ihren Beitragszahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Die Bestandsverwaltung ist komplett auf die zum Gothaer Konzern gehörende Pensus Pensionsmanagement GmbH ausgelagert.

Die aktuariellen Dienstleistungen werden von der zum Konzern gehörenden BGB-Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH erbracht.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko, insbesondere die Langlebigkeit der Kassenmitglieder, wird mindestens bei der jährlichen Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens aktuariell überprüft. In der Gesamtheit sind die biometrischen Rechnungsgrundlagen derzeit noch als angemessen anzusehen.

Zinsgarantierisiko

Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase können sich Risiken im Hinblick auf die eingegangenen Verpflichtungen ergeben. Aus diesem Grund erfolgte im Geschäftsjahr 2014 eine erste Absenkung des Rechnungszinssatzes von 3,50 % auf 3,25 %. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte eine zweite Absenkung des Rechnungszinssatzes von 3,25 % auf 2,75 %. Die Finanzierung dieser Rechnungszinsabsenkung (Aufstockung der Deckungsrückstellung) erfolgt dabei über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum Jahr 2023 über Sonderzahlungen der Trägerunternehmen und deren verbundene Unternehmen. Eine weitere Absenkung des Rechnungszinssatzes ist derzeit nicht geplant. Die Angemessenheit des geschäftsplanmäßigen Rechnungszinses wird jährlich geprüft.

Risiken aus Kapitalanlagen

Risikostrategie

Die Strategie im Kapitalanlagebereich ist in einen risikoadjustierten Steuerungsansatz eingebettet, der potenzielle Ertragschancen vor dem Hintergrund etwaiger Risiken konsequent berücksichtigt. Voraussetzung hierfür ist ein funktionierendes Risikomanagement, das durch den Einsatz moderner Controllingssysteme einerseits die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben erfüllt, andererseits aber auch die Einhaltung der selbst auferlegten zusätzlichen und zum Teil restriktiveren Risikolimits sicherstellt. Im Sinne der Mischung und Streuung und zur Verbesserung der Risiko- und Ertrags-Relation legt die Pensionskasse weiterhin großen Wert auf die Sicherheit der Kapitalanlagen. Daher ist es Ziel der Kapitalanlagetätigkeit, eine breite Diversifizierung innerhalb bzw. über die unterschiedlichen Assetklassen hinweg zu erreichen und gleichzeitig übermäßige Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Risikolage und -management

• Marktänderungsrisiko

Kapitalanlagen sind der Gefahr möglicher Wertänderungen aufgrund von Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen an den internationalen Finanzmärkten ausgesetzt. Das Management der Marktpreisrisiken wird durch regelmäßige deterministische Modellrechnungen unterstützt. In regelmäßigen Abständen wird zur Messung des Risikopotenzials der Kapitalanlagenbestand verschiedenen Stressszenarien ausgesetzt.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos im Sinne des Rechnungslegungsstandard DRS 20 A2.14 ergibt für die Pensionskasse folgende Werte: Ein Parallelanstieg der Zinskurve um 1 %-Punkt bei einer Modified Duration von 11,2 (Vorjahr: 12,5) führt bezogen auf den Jahresendbestand zu einer Verminderung der Marktwerte der zins-trendigen Titel von 6.735,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.552,1 Tsd. Euro).

Die Gesellschaft hält kein Risikokapital im weiteren Sinne (Aktien, Beteiligungen und Alternative Investments), das heißt ein Aktienstress bleibt ohne Wirkung.

Wie in 2020 hat die Corona-Pandemie den Immobilienmarkt auch in 2021 geprägt. Es ist weiterhin zu beobachten, dass sich einzelne Märkte und Nutzungsraten unterschiedlich entwickeln. Teilweise – wie bspw. bei Highstreet-Handelsobjekten – ist unklar, wie diese aktuell gepreist sind und wie sich die Werte entwickeln werden. Daher verfolgen wir unverändert unsere Strategie und halten Investitionen in Immobiliendarlehen weiterhin attraktiv. Die definierten und tendenziell kürzeren Laufzeiten sowie die konservativere Position in der Kapitalstruktur mitigieren hier Marktpreisschwankungen. Das Portfolio ist zu Marktpreisen bewertet und breit diversifiziert. Durch die Marktentwicklung und die Portfoliokonstruktion gehen wir aktuell nicht von einem materiellen außerordentlichen Abschreibungsbedarf aus. Ein Preisrückgang von 10 % führt zu einem Marktwertverlust von 942,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 557,2 Tsd. Euro).

• Kredit-/Bonitätsrisiko

Unter dem Kredit-/Bonitätsrisiko wird die Gefahr der Insolvenz und des Zahlungsverzuges, aber auch die der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. Emittenten verstanden. Im Sinne der Risikosteuerung ist der Erwerb von Zinsanlagen nur möglich, wenn eine qualifizierte und plausibilisierte Einstufung der Bonität mit Hilfe externer Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's oder Fitch Ratings oder ein qualifiziertes internes Rating zur Verfügung steht. Die Kreditrisiken werden zusätzlich breit gestreut, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Das Kapitalanlageportfolio besteht zum Jahresende im Wesentlichen aus Festzinspapieren.

Aufgrund von Ratingänderungen und unterjährigen Zu- und Abgängen hat sich die Verteilung der Ratings innerhalb des Festzinsbestands wie folgt verschoben:

Aufteilung nach Rating-Kategorien	Anteil in %	
	2021	2020
AAA	27,3	26,3
AA+	14,8	13,8
AA	12,0	13,4
AA-	5,6	5,4
A+	3,6	2,6
A	5,7	13,7
A-	9,0	6,0
BBB+	8,4	8,0
BBB	9,6	5,0
BBB-	3,2	5,4
Speculative Grade (BB+ bis D)	0,5	0,0
Ohne Rating	0,3	0,4

• Liquiditätsrisiko

Die Gefahr, die Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens aufgrund nicht ausreichend vorhandener Zahlungsmittel nicht erfüllen zu können, wird als Liquiditätsrisiko bezeichnet. Das Cashmanagement stellt eine Projektion der kurzfristigen Cashflows sicher. So kann bei angezeigten Liquiditätsspitzen frühzeitig gewährleistet werden, dass die notwendige Liquidität durch Verkäufe von marktgängigen Wertpapieren dargestellt werden kann. Im abgelaufenen Jahr sind zu keiner Zeit Liquiditätsengpässe aufgetreten.

Operationale und sonstige Risiken

Die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen greift bei allen operativen Aufgaben auf die entsprechenden Fachabteilungen der Trägerunternehmen zurück. Diese werden ebenso wie die Konzerndienstleistungsgesellschaften regelmäßig von der Konzernrevision überprüft und werden den für den Gothaer Konzern definierten hohen Sicherheitsanforderungen gerecht. Dies schließt insbesondere die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT) der Konzerndienstleister ein. Die Anforderungen aus den „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“ werden durch die Trägerunternehmen in weiten Teilen sichergestellt.

Zusammenfassende Darstellung

Die Erfüllbarkeit der Leistungsverpflichtungen hat höchste Priorität und ist im aktuell durch die Corona-Pandemie geprägten konjunkturellen Kapitalmarktumfeld sowie bei andauernd extrem niedrigen Zinsniveaus nach wie vor eine Herausforderung. Darüber hinaus sehen wir zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen können.

Versicherungsbestand

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2021

	Anwärter	
	Anzahl	
	Männer	Frauen
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	98	144
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	0	0
2. Sonstiger Zugang	0	0
3. Gesamter Zugang	0	0
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	0	0
2. Beginn der Altersrente	5	11
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0
7. Sonstiger Abgang	0	0
8. Gesamter Abgang	5	11
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	93	133
davon		
1. Beitragsfreie Anwartschaften	45	68
2. in Rückdeckung gegeben	0	0

Der sonstige Zugang betrifft Rentenanpassungen

Invaliden- und Altersrente			Hinterbliebenenrenten					
		Jahresrenten in Tsd. EUR	Anzahl			Jahresrenten in Tsd. EUR		
Männer	Frauen		Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen
160	174	2.493	62	7	0	356	25	0
6	11	138	5	3	0	50	10	0
0	0	38	0	0	0	4	1	0
6	11	176	5	3	0	53	10	0
6	5	120	7	0	0	44	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	5	120	7	0	0	44	0	0
160	180	2.549	60	10	0	364	36	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2021

Aktivseite

		in Tsd. EUR	
		2021	2020
A. Kapitalanlagen			
	Sonstige Kapitalanlagen		
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	16.560	11.160
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	28.786	33.080
3.	Sonstige Ausleihungen	17.624	17.687
4.	Einlagen bei Kreditinstituten	150	200
		<u>63.120</u>	<u>62.127</u>
B. Forderungen			
	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Mitglieds- und Trägerunternehmen	0	34
C. Sonstige Vermögensgegenstände			
	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	102	238
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
	Abgegrenzte Zinsen und Mieten	483	569
		<u>483</u>	<u>569</u>
Summe der Aktiva		63.705	62.969

Passivseite

		in Tsd. EUR	
		2021	2020
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	2.741		2.708
II. Bilanzgewinn	0		0
	<u> </u>	2.741	<u>2.708</u>
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung			
Bruttobetrag	60.921		60.178
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
Bruttobetrag	15		8
	<u> </u>	60.936	<u>60.187</u>
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		23	21
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	4		52
II. Sonstige Verbindlichkeiten	0		0
	<u> </u>	4	<u>53</u>
Summe der Passiva		63.705	62.969

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 12. April 2019 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Köln, 4. März 2022

Burtscheid
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 4. März 2022

zur Mühlen
Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	in Tsd. EUR	
	2021	2020
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
Gebuchte Bruttobeiträge	1.100	1.242
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.201	1.286
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.442	1.383
	<u>2.642</u>	<u>2.668</u>
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle Bruttobetrag	2.921	2.827
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle Bruttobetrag	7	-2
	<u>2.928</u>	<u>2.826</u>
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
Deckungsrückstellung Bruttobetrag	743	1.007
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
Verwaltungsaufwendungen	2	2
6. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	10	12
7. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	<u>60</u>	<u>64</u>
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Aufwendungen	<u>27</u>	18
2. Jahresüberschuss	33	45
3. Einstellung in Gewinnrücklagen		
in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	<u>33</u>	<u>45</u>
4. Bilanzgewinn	<u>0</u>	<u>0</u>

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeines

Der Jahresabschluss ist nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang sind in Tsd. Euro aufgestellt. Dabei sind die Daten des Jahresabschlusses kaufmännisch gerundet worden. Die Addition der Einzelwerte kann daher zu Rundungsdifferenzen führen.

Kapitalanlagen

Für Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen, bei denen eine dauerhafte Halteabsicht besteht, wird von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 2. Halbsatz HGB – diese Anlagen wie Anlagevermögen zu bewerten und somit das gemilderte Niederstwertprinzip anzuwenden – grundsätzlich Gebrauch gemacht. Bei allen anderen Kapitalanlagen wird von der Anwendung des § 341b Abs. 2 2. Halbsatz HGB abgesehen.

Die Bewertung der Investmentanteile, die wie Anlagevermögen bewertet werden, erfolgt zu Anschaffungskosten. Abschreibungen werden bei einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 HGB oder unter Nutzung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 6 HGB vorgenommen. Bei Werterholung erfolgen Zuschreibungen im Sinne von § 253 Abs. 5 HGB.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen bewertet werden, erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag dieser Papiere werden nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Abschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 HGB nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB werden vorgenommen, wenn der Grund für die Wertminderung wieder entfallen ist. Die Zeitwertermittlung erfolgt anhand von Börsenkursen bzw. Rücknahmepreisen.

Namenschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag dieser Papiere werden nach der Effektivzinsmethode amortisiert.

Namenschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden regelmäßig auf Werthaltigkeit geprüft. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung erfolgt eine Abschreibung auf den beizulegenden Wert, bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung eine Zuschreibung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten.

Für die Zeitwertermittlung sämtlicher standardmäßiger Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wird eine mark-to-model-Bewertung herangezogen. Hierbei werden alle relevanten Papiere mit der zugehörigen währungs- und stichtagsbezogenen Swapkurve zuzüglich eines wertpapierindividuellen Spreads bewertet. Papiere, die nicht standardmäßig einer der vordefinierten Gruppen zugeordnet werden können wie z.B. Namensgenussscheine, werden einer gesonderten individuellen mark-to-model-Bewertung unterzogen.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nennwert bilanziert.

Andere Aktiva

Die übrigen, nicht einzeln erwähnten Aktivposten sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung wird aus dem gemäß § 11 Abs. 5 der Satzung zum Bilanzstichtag erstellten versicherungsmathematischen Gutachten übernommen.

Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2021 sind die modifizierten Richttafeln (1998) von Klaus Heubeck. Dabei werden für die männlichen und weiblichen Leistungsempfänger die gleichen Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten zugrunde gelegt. Diese ergeben sich als Mittelwert der geschlechterspezifischen Wahrscheinlichkeiten der Richttafeln multipliziert mit einem Absenkungsfaktor. Im Bestand der Witwen und Witwer werden die Sterbewahrscheinlichkeiten der Rentner und Rentnerinnen in Ansatz gebracht. Der Absenkungsfaktor beträgt für die Sterbewahrscheinlichkeiten 80 % und für die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten 56 %.

Während die Soll-Deckungsrückstellung ab dem 31. Dezember 2019 dem Deckungskapital nach dem technischen Geschäftsplan mit einem Rechnungszins von 2,75 % p.a. entspricht, ergibt sich die Bilanz-Deckungsrückstellung als prozentualer Anteil von dieser. Der prozentuale Anteil entspricht

- zum 31.12.2021 97,20 %,
- zum 31.12.2022 mindestens 98,60 %,
- zum 31.12.2023 100,00 %.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für noch nicht verjährte Rentenraten von bereits ausgeschiedenen Anwärtern, die bisher keinen Rentenantrag gestellt aber das 65. Lebensjahr bereits vollendet haben, in pauschaler Höhe gebildet.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Passiva

Die anderen Verbindlichkeiten werden nach § 253 Abs. 1 HGB mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivposten

Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2021

		Bilanzwerte Vorjahr
A.	Sonstige Kapitalanlagen	
	1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.160
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	33.080
	3. Sonstige Ausleihungen	
	a) Namensschuldverschreibungen	7.121
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	10.566
	4. Einlagen bei Kreditinstituten	200
	Insgesamt	62.127

					in Tsd. EUR	
Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	
5.400	0	0	0	0	16.560	
2.299	0	6.593	0	0	28.786	
18	0	13	0	0	7.127	
0	0	69	0	0	10.497	
0	0	50	0	0	150	
7.717	0	6.724	0	0	63.120	

Gegenüberstellung der Buch- und Zeitwerte der Kapitalanlagen

		in Tsd. EUR		
		Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungsreserven
A.	Sonstige Kapitalanlagen			
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	16.560	16.843	284
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	28.786	32.527	3.741
3.	Sonstige Ausleihungen			
a)	Namenschuldverschreibungen	7.127	8.106	979
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen	10.497	12.029	1.532
4.	Einlagen bei Kreditinstituten	150	150	0
Insgesamt		63.120	69.654	6.535

In den unter A. 1. und 2. angegebenen Posten sind Anteile an Investmentvermögen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Buchwert von 45.346 Tsd. Euro enthalten, die nach § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bilanziert werden. Der Zeitwert dieser Anlagen beträgt 49.370 Tsd. Euro. Die stillen Lasten betragen 97 Tsd. Euro.

Zur Ermittlung der Zeitwerte verweisen wir auf unsere Aussagen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen

Es werden Kapitalanlagen zu Anschaffungskosten von 63.120 Tsd. Euro mit ihren beizulegenden Werten von 69.654 Tsd. Euro in die Überschussbeteiligung einbezogen. Am 31. Dezember 2021 betrug der Saldo aus Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten 6.534 Tsd. Euro.

Angaben zu Finanzanlagen mit einem Buchwert oberhalb des Zeitwertes

		in Tsd. EUR	
		Buchwert	Zeitwert
A.2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.223	4.126

Bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde auf eine Abschreibung verzichtet, da es sich hierbei um temporäre Wertschwankungen aus Zinsbewegungen oder Kreditrisiko-Preisänderungen handelt.

Passivposten

Eigenkapital

Die gemäß § 11 Abs. 6 der Satzung bestehende Verlustrücklage hat sich durch die Zuführung aus dem Jahresüberschuss um 33 Tsd. Euro auf 2.741 Tsd. Euro erhöht.

Versicherungs- technische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung wurde auf der Grundlage des aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplanes in der Fassung vom 30. September 2018 (genehmigt am 12. April 2019) nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zum 31. Dezember 2021 berechnet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beinhaltet eine pauschale Rückstellung für ausgeschiedene Anwärter die bisher noch keinen Antrag auf Rentenzahlung gestellt haben.

Andere Rückstellungen

Bei den Sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	in Tsd. EUR	
	2021	2020
Laufende Beiträge	1.100	1.242

Hierbei handelt es sich um laufende Beiträge der Trägerunternehmen und deren verbundene Unternehmen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

	in Tsd. EUR	
	2021	2020
Ruhegeld	2.521	2.452
Witwen-, Witwer- und Waisenrenten	400	376
Zahlungen für Versicherungsfälle	2.921	2.827

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die gesamten sächlichen Verwaltungsaufwendungen betragen 2 Tsd. Euro, weitere Verwaltungsaufwendungen fielen nicht an, da die Gothaer Krankenversicherung AG diese Dienstleistungen unentgeltlich erbringt.

Sonstige Angaben

Persönliche Aufwendungen

Persönliche Aufwendungen fallen nicht an, da die Gesellschaft über kein eigenes Personal verfügt.

Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind zu Beginn dieses Berichtes namentlich aufgeführt.

Da der Aufsichtsrat und der Vorstand der Pensionskasse die Aufgaben unentgeltlich ausführen, fallen keine Aufwendungen für die Bezüge des Aufsichtsrates und des Vorstandes an.

An Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden keine Kredite gewährt.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar betrug für Abschlussprüferleistungen 11 Tsd. Euro. Andere Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen oder sonstige Leistungen wurden nicht in Anspruch genommen.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Jahresende bestanden Resteinzahlungsverpflichtungen für in unserem Besitz befindliche Sonstige Kapitalanlagen in Höhe von 145 Tsd. Euro.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Russland hat am 24. Februar 2022 einen Krieg gegen den souveränen Staat der Ukraine begonnen. Damit ist der als sicher geglaubte Frieden in Europa gebrochen worden. Weltweit herrschen große Besorgnis und Unsicherheit, aber auch Solidarität und Hilfsbereitschaft für die vielen Kriegsoffer.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs sind schwer abzuschätzen. Eine weiter zunehmende Inflation und eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums erscheinen sehr wahrscheinlich. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen ist jedoch in hohem Maße unsicher. Es wird wesentlich vom Kriegsverlauf sowie der damit zusammenhängenden Schärfe und Dauer der verhängten Sanktionen abhängen.

Das direkte Exposure der Gothaer gegenüber Russland und der Ukraine ist sehr niedrig. Konzernweit sind wir mit 30 Mio. Euro in diesen Ländern investiert und wir haben Versicherungsgeschäft mit einem Beitragsvolumen in Höhe von 0,5 Mio. Euro im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung gezeichnet. Das größere Risiko für unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellen aus unserer derzeitigen Sicht die potentiell negativen Auswirkungen des Krieges auf die Kapitalmärkte und darüber hinaus auf unseren Kapitalanlagenbestand dar.

Zudem nehmen wir die Warnungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sehr ernst, nach denen zukünftig von verstärkten Cyber-Angriffen russischen Ursprungs auszugehen ist. Tatsächlich konnten jedoch seitens der Behörden, von Security Anbietern und auch dem GDV noch keine vermehrten Angriffe für Deutschland bestätigt werden. Nach Einschätzung der Behörden werden sich diese zukünftigen Angriffe auf sogenannte „Hochwertziele“ fokussieren, zu denen wir uns nicht zählen. Daher sehen wir derzeit kein neues oder erhöhtes Informationsrisiko für die Geschäftsprozesse der Gothaer. Aufgrund der sehr dynamischen und unberechenbaren Situation kann sich diese Einschätzung kurzfristig ändern.

Köln, 8. April 2022

Der Vorstand

Holm Hempel

Alina vom Bruck

Dr. Thomas Olbrich

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen, Köln

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für die sonstige Information „Bericht des Aufsichtsrats“ verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen

– beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der

Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 20. April 2022

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hansen	Theißen
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres den Vorstand fortlaufend entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht. Er ist durch den Vorstand laufend über die Entwicklung und Lage der Pensionskasse sowie über die Risikokontrolle und Risikosituation und in zwei ordentlichen Sitzungen mündlich unterrichtet worden. Des Weiteren fanden zwei Weiterbildungsveranstaltungen für die Aufsichtsräte mit den Themenschwerpunkten Versicherungstechnik und Kapitalanlage statt.

Gegenstand der Berichterstattung waren regelmäßig die Beitragsentwicklung und die Kapitalanlage der Pensionskasse mit den daraus resultierenden Konsequenzen für den Jahresabschluss. Des Weiteren erörterte der Vorstand dem Aufsichtsrat die grundsätzlichen Fragen der Planung.

Im Fokus der Beratungen des Aufsichtsrates standen die Kapitalanlagestrategie, insbesondere die Gestaltung der strategischen Asset Allokation vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinsphase, die Szenarioberechnungen und die Finanzierung der Rechnungszinsabsenkung. Weiterhin informierte sich der Aufsichtsrat über die Umsetzung der Vorgaben der EbAV II – Richtlinie und die Ergebnisse der BaFin-Prognoserechnung sowie die IT-Strategie.

Ferner beurteilten die Aufsichtsratsmitglieder entsprechend der Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ihre Kenntnisse in den Themenfeldern Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung im Wege einer Selbsteinschätzung. Diese bildet die Grundlage eines vom Aufsichtsrat im Jahresrhythmus aufzustellenden Entwicklungsplans, in dem die Themenfelder festgelegt werden, in welchen das Gesamtgremium oder einzelne Aufsichtsratsmitglieder ihre Kenntnisse vertiefen wollen.

Die von der Prüfungsgesellschaft vorgenommenen Prüfungen haben ergeben, dass das Rechnungswesen, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Die Prüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Prüfungen des Lageberichts und des Jahresabschlusses durch den Aufsichtsrat haben keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.

Zu dem Bericht der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, vom 20. April 2022 hat der Aufsichtsrat keine besonderen Bemerkungen zu machen. Die Abschlussprüfer und der Verantwortliche Aktuar haben an der Bilanz-Aufsichtsratssitzung teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat billigt die Berichte des Vorstandes und den Jahresabschluss 2021.

Abschließend möchte der Aufsichtsrat dem gesamten Vorstand Dank und Anerkennung für seine Leistungen im vergangenen Geschäftsjahr aussprechen.

Köln, 26. April 2022

Der Aufsichtsrat

Michael Kurtenbach

Stephan Oetzel

Wolfgang Beumers

Christof Kessler

Bruno Pesch

Oliver Plahr

Gothaer

Pensionskasse der
BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen
Arnoldiplatz 1
50969 Köln

Telefon 0221 308-00
Telefax 0221 308-103
www.gothaer.de